

Denunziantentum?

Sehr geehrter Herr Rossetini, in Ihrem Leserbrief vom 13. Januar, publiziert im «Liechtensteiner Volksblatt», bezichtigen Sie Dr. Mario Frick und das Demokratiesekretariat – in Ihrer Wortwahl die ihm Gleichgesinnten, wie immer man das interpretieren mag – als erste Denunzianten ihres Landes in Europa. Da muss ich Sie allerdings enttäuschen, die Rolle der Ersten in dieser Disziplin dürfen die Frauen für sich beanspruchen. Vor nun fast zwanzig Jahren reiste eine winzige Frauengruppe der Aktion Dornröschen nach Strassburg, um beim Europarat das nach jahrelangem Einsatz in Liechtenstein selber noch immer fehlende Frauenstimmrecht anzumahnen. «Vaterlandsverräterinnen, Nestbeschmutzerinnen», dröhnte es diesen Frauen damals aus den Zeitungen entgegen, und «wir brauchen niemanden aus dem Ausland, der uns sagt, was wir zu tun haben». Die Regierung und der damalige liechtensteinische Botschafter in Strassburg, Prinz Nikolaus, unternahm im Vorfeld alles, um die Frauen von diesem Plan abzuhalten. Sie dennoch für diese Reise zu entscheiden, und die voraussichtbare Diffamierungskampagne auszuhalten, war nicht einfach, rückblickend brachte aber genau diese Aktion den Durchbruch für das Frauenstimmrecht. Vielleicht leben Sie noch nicht lange genug hier, um sich daran zu erinnern, und Sie waren ja auch nicht betroffen. Ein Staat tritt internationalen Organisationen und Abkommen bei, um sich in eine grössere Gemeinschaft einzufügen. Im Falle Liechtensteins auch besonders, um seine Souveränität abzusichern. Damit handelt sich dieser Staat jedoch nicht nur eigenen Schutz vor Übergriffen ein, er nimmt auch die Verpflichtung auf sich, in seinen Grenzen die in den Abkommen festgelegten Regeln im Inland umzusetzen. Das ist meist schwieriger, als sich theoretische Normen für andere auszudenken.

Der Aufschrei «dies sei eine unzulässige Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten» nach Bekanntwerden des Berichtes der Venedig-Kommission, kommt mir nicht nur von der liechtensteinischen Geschichte her unangenehm bekannt vor. Ihre philosophischen Betrachtungen über die nicht existente perfekte Demokratie, der wir alle unterstehen, oder den menschlichen Egoismus im Allgemeinen, beantworten in keiner Weise, was Sie unter gelebter Demokratie verstehen. Für mich ist es die Beteiligung aller Interessierten am Gesetzgebungsprozess, das Einbringen anderer Standpunkte, die Überzeugungsarbeit dafür, die Ausnützung rechtstaatlicher und demokratischer Wege, um dem eigenen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Für alle Seiten. Noch ein Wort zu Ihren Vorfahren, durch unhinterfragte Selbstunterstellung unter ein System werden Diktaturen erzeugt, mit Sicherheit jedoch nicht abgeschafft, aber dies wird hoffentlich nicht unser Thema der Zukunft sein. Untertan, auch wenn Sie diesen Begriff etwas moderner auszulegen versuchen, ist das Gegenteil von partnerschaftlich. Für Partnerschaft und Demokratie habe ich mich bis jetzt eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun.

Evelyne Bermann,
Reschweg 3, Schaan